S 12 RJ 847/02 A

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	6
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 12 RJ 847/02 A
Datum	09.09.2002

2. Instanz

Aktenzeichen	L 6 RJ 130/03
Datum	05.08.2003

3. Instanz

Datum	-
-------	---

- I. Die Berufung der KlÄgerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 9. September 2002 wird zurÄckgewiesen.
- II. AuÄergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten um die Leistung einer Altersrente fÄr Frauen wegen Vollendung des 60. Lebensjahres.

Die am 1942 geborene KlÄgerin, eine in ihrer Heimat lebende jugoslawische StaatsangehÄrige, war in der Bundesrepublik Deutschland als Arbeiterin vom 20.01.1969 bis 31.08.1973 insgesamt 55 Kalendermonate versicherungspflichtig beschÄftigt. In ihrer Heimat hat sie zwischen MÄrz 1963 und November 1991 (mit Unterbrechungen) insgesamt mehr als 19 Jahre an Versicherungszeiten zurÄckgelegt. Einen am 27.04.1990 gestellten Antrag auf GewÄhrung einer Rente wegen Berufs- bzw. ErwerbsunfÄhigkeit hat die Beklagte mit Bescheid vom 11.12.1992 und Widerspruchsbescheid vom 09.02.1993 abgelehnt, weil die KlÄgerin trotz ihrer GesundheitsstÄrungen (Bluthochdruck ohne SchÄdigung der

Herzmuskulatur, folgenlos abgelaufene flüchtige cerebrale Ischämie und Wirbelsäulenbeschwerden) noch in der Lage sei, vollschichtig leichte Arbeiten zu verrichten. Die dagegen erhobene Klage hat das Sozialgericht Landshut mit Urteil vom 25.03.1998 (S 12 Ar 5057/93 Ju) abgewiesen. Die Klägerin sei zu der vom gerichtlichen Sachverständigen Dr.P. anberaumten Untersuchung nicht erschienen, weshalb eine Beurteilung ihres Leistungsvermögens nicht möglich sei. Nach dem Grundsatz der objektiven Beweislast müsse davon ausgegangen werden, dass eine Minderung Erwerbsfähigkeit nicht gegeben sei.

Am 28.02.2000 beantragte die Klägerin über den Versicherungsträger ihrer Heimat bei der Beklagten die Zahlung der Altersrente für Frauen wegen Vollendung des 60. Lebensjahres.

Mit Bescheid vom 27.03.2002 lehnte die Beklagte diesen Antrag ab, weil die Anspruchsvoraussetzungen nicht erfüllt seien. Die Klägerin habe zwar das 60. Lebensjahr vollendet und die Wartezeit von 15 Jahren erfüllt. Nach Vollendung des 40. Lebensjahres habe sie jedoch statt der erforderlichen 121 Kalendermonate nur 115 Kalendermonate Pflichtbeiträge für eine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit nachgewiesen, weshalb ein Anspruch gemäß [§ 237a](#) Sechstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI) nicht bestehe.

Den dagegen eingelegten Widerspruch der Klägerin hat sie bitte um eine Erklärung, ob sie die fehlenden sechs Monate einbezahlen könne hat die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 21.05.2002 zurückgewiesen.

Dagegen hat die Klägerin zum Sozialgericht Landshut Klage erhoben und um erneute Überprüfung ihrer Versicherungszeiten gebeten. Sie erwarte ihre Altersrente. Wenn das nicht möglich sei, bitte sie um einmalige Abfindung ihrer Versicherungsbeträge.

Mit Urteil vom 19.09.2002 hat das Sozialgericht die Klage abgewiesen und sich zur Begründung auf die Gründe des Widerspruchsbescheids gemäß [§ 136 Abs.3](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG) berufen.

Dagegen richtet sich die Berufung zum Bayer. Landessozialgericht. Die Klägerin weist auf ihr Alter hin und sie sei krank und brauche Geld für Medikamente.

Die Klägerin beantragt sinngemäß, die Beklagte unter Aufhebung des Urteils des Sozialgerichts Landshut vom 19.09.2002 sowie des Bescheides vom 27.03.2002 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 21.05.2002 zu verpflichten, ihr aufgrund des Antrags vom 28.02.2002 die Altersrente für Frauen wegen Vollendung des 60. Lebensjahres zu zahlen.

Die Beklagte beantragt, die Berufung zurückzuweisen.

Bezüglich weiterer Einzelheiten des Tatbestandes wird im obigen Bezug genommen, auf den Inhalt der Akten des Senats sowie der beigezogenen Akten des Sozialgerichts Landshut und der Beklagten, die sämtlich Gegenstand der

mÄ¼ndlichen Verhandlung waren.

EntscheidungsgrÄ¼nde:

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung der KlÄ¼gerin ist zulÄ¼ssig. In der Sache erweist sie sich jedoch als unbegrÄ¼ndet.

Nach der Vorschrift des [Ä§ 237a Abs.1 SGB VI](#) haben versicherte Frauen Anspruch auf Altersrente, wenn sie vor dem 01.01.1952 geboren sind, das 60. Lebensjahr vollendet haben, nach Vollendung des 40. Lebensjahres mehr als zehn Jahre PflichtbeitrÄ¼ge fÄ¼r eine versicherte BeschÄ¼ftigung oder TÄ¼tigkeit und die Wartezeit von 15 Jahren erfÄ¼llt haben. Wenngleich die KlÄ¼gerin die Voraussetzungen des Ä§ 237a Abs.1 Ziffern 1, 2 und 4 erfÄ¼llt hat, nachdem sie vor dem 01.01.1952 geboren ist, das 60. Lebensjahr vollendet hat und mit den deutschen und jugoslawischen Versicherungszeiten die Wartezeit von 15 Jahren erfÄ¼llt, hat sie nach Vollendung des 40. Lebensjahres nicht mehr als zehn Jahre (121 Kalendermonate) PflichtbeitrÄ¼ge fÄ¼r eine versicherte BeschÄ¼ftigung oder TÄ¼tigkeit aufzuweisen. Nach dem von jugoslawischen VersicherungsstrÄ¼ger mitgeteilten Versicherungsverlauf hat die KlÄ¼gerin, die am 07.05.1982 das 40. Lebensjahr vollendet hat, daran anschlie¼end durchgehend bis 21.11.1991 insgesamt nur 115 Kalendermonate gearbeitet. Damit fehlt eine unabdingbare Voraussetzung fÄ¼r die Zahlung einer Altersrente fÄ¼r Frauen. Nachdem das Gesetz PflichtbeitrÄ¼ge verlangt, kann eine AuffÄ¼llung auf 121 Kalendermonate durch freiwillige BeitrÄ¼ge, wie es die KlÄ¼gerin im Klageverfahren angeboten hat, nicht erfolgen. Im Hinblick auf die grundsÄ¼tzliche Berechtigung zur freiwilligen Versicherung kommt auch die von der KlÄ¼gerin beim Sozialgericht beantragte Beitragserstattung, Ä¼ber die die Beklagte im Ä¼brigen noch nicht entschieden hat, nicht in Betracht (vgl. [Ä§ 210 Abs.1 Ziffer 1 SGB VI](#)).

Die Berufung der KlÄ¼gerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Landshut war deshalb als unbegrÄ¼ndet zurÄ¼ckzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Ä§ 193 SGG](#).

GrÄ¼nde fÄ¼r die Zulassung der Revision nach [Ä§ 160 Abs.2 Nrn.1 und 2 SGG](#) liegen nicht vor.

Erstellt am: 08.12.2003

Zuletzt verÄ¼ndert am: 22.12.2024